

Wien, am Freitag, den 17. Februar 1928

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 17. Februar 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen. Sie betreffen die Subventionierung des österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines mit achtausend Schilling, die Subventionierung des Wiener Dombauvereines mit fünftausend Schilling und der biologischen Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften in Wien mit zweitausend Schilling. Der Verein Herestation erhält eine Subvention von viertausend Schilling, der österreichische Erfinderverband eine Subvention von tausend Schilling, die freiwillige Feuer- und Wasserwehr Nasswald eine solche von fünfhundert Schilling, die Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich werden mit zweitausend Schilling subventioniert, die Wiener Messe mit 120.000 Schilling. Ohne Debatte wird auch der Antrag des Gemeinderates Weiss angenommen, dass sich die Gemeinde Wien an der Ausstellung Frau und Kind beteilige.

ST. R. Speiser beantragt nun die Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von 40.000 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses, das sich aus der Auszahlung von Vorschüssen auf die Bezugsregelung der Lehrkräfte der französischen Sprache und auf die beabsichtigte Erhöhung der Entlohnungsansätze für die Unterrichtsverteilung in den Freigegebenen ergibt.

GR. Schlösinger (E.L.) erklärt, dass die Lehrerinnen der französischen Sprache schon seit einem Jahr auf ihre endgültige Bezugsregelung warten. Sie sind gegenüber den anderen Lehrpersonen sehr benachteiligt. Obwohl sie seit dem Jahre 1923 durch das Lehrerdienstgesetz auf eine Dienstverpflichtung von dreissig Stunden gebunden sind, ist trotzdem ihre Vorreihung nicht durchgeführt worden. Sie sind auch in zwei Gruppen geteilt. Das ist ein unerträglicher Zustand, der den Verdacht insich schliesst, dass Parteipolitik dahintersteckt. Gegenüber früheren Verhältnissen wurde die Zahl der Sprachenlehrerinnen der französischen Sprache bis heute fast auf die Hälfte herabgesetzt. Ihre Stundeneinteilung ist ebenfalls sehr ungünstig und ihre Verwendung an mehreren Schulen erschwert ihnen den Unterricht. Die Rednerin vertritt dann ausführlich die Forderungen der katholischen Religionslehrer. Ihre Bezüge sollen den regulierten Lehrergehältern angepasst und ihnen dieselbe Begünstigung auf der Strassenbahn zu teil werden, wie allen übrigen Lehrpersonen. Gemeinderätin Schlösinger stellt schliesslich die Anträge, die Lehrerinnen der französischen Sprache im Gehaltsschema vorzusehen, die Bezüge der katholischen Religionslehrer den regulierten Lehrergehältern anzupassen und ihnen schliesslich dieselben Begünstigungen auf der Strassenbahn einzuräumen wie den anderen Lehrpersonen.

ST. R. Speiser erklärt, dass das Lehrerdienstgesetz den jeweiligen Verhältnissen angepasst wird. Im Uebrigen haben alle Lehrkräfte der französischen Sprache Dienstordnungsstellen.

Die Anträge der Gemeinderätin Schlösinger werden abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

GR. Hiess referiert über die Bewilligung einer Subvention von 4.000 Schilling für das Technische Museum.

(E.L.) anerkennt, dass die Subvention für das Technische Museum erhöht worden ist, bemängelt aber, dass die Subvention von 4000 Schilling noch viel zu gering sei. Er wiederholt die Forderung, dass eine Zusammenstellung aller Subventionsansuchen und zwar auch der abgewiesenen dem Gemeinderat vorgelegt werden mögen. Für die Subvention an das Technische Museum werde seine Partei stimmen (Beifall bei der Einheitsliste)

dem-
GR. Hiess verweist gegenüber darauf, dass das Technische Museum ein staatliches Institut sei. Es zeige sich sicher von Entgegenkommen der Gemeinde, wenn für dieses Institut eine Subvention bewilligt, ja im diesem Jahr sogar erhöht wird. Der Forderung, dass alle Subventionsansuchen dem Gemeinderat vorgelegt werden mögen hält der Berichterstatter entgegen, dass es trotz allen Drängens der Sozialdemokraten im Parlament nicht möglich gewesen sei vom Finanzminister über die Verwendung verschiedener Gelder des Finanzministeriums Auskunft zu erhalten, während dem Gemeinderat doch die bewilligten Subventionsansuchen vorgelegt werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

ST. Weber referiert über den Antrag auf Baubewilligung für den Wohnhausbau XIII., Hickelgasse 12 mit dem Betrag von 282.000 Schilling.

GR. Kunschak (E.L.) bemerkt, es handle sich hier um ein kleines Objekt bei dem sich aber zeigt, dass, wenn ein offenes Baugelände nicht zur Verfügung steht es mit Ihren Künsten vorbei ist. Der vorliegende Grundriss steht mit den Bestimmungen der aus der verspäteten Zeit stammenden Bauordnung in Widerspruch. Statt einer vorgeschriebenen Grundfläche von mindestens 12 Quadratmetern für die Küche weist der Plan nur eine solche von zehn m² auf. Es ist merkwürdig, dass man dergleichen dem Gemeinderat zumutet. Die Novellierung der Bauordnung ist angekündigt worden und es wäre nur zu wünschen, wenn es bald gelänge die Bauordnung in einem modernen Sinn auszugestalten, es ist aber ein wenig erfreulicher Ausblick, wenn man sich selbst an die veraltete Bauordnung nicht hält.

Für das Jahr 1928 liegt ein wesentlich gekürztes Bauprogramm vor. An Stelle der in früheren Jahren gebauten 10.000 Wohnungen sollen heuer nur 6000 Wohnungen gebaut werden und wie sich jetzt zeigt, ist es nicht einmal sicher, dass diese 6000 gebaut werden, da, was bisher ausserordentlich

an genehmigten Projekten vorliegt ausserordentlich bescheiden ist. Die Praxis, wie Sie geländefrei machen, kann nicht als einwandfrei bezeichnet werden. Der Redner kommt in diesem Zusammenhang auf die zwei Prozesse zu sprechen, die die Gemeinde wegen Räumung von Sportplätzen zu führen hatte und bemerkt, es gibt in Wien soviel unverbautes Gelände und die Gemeinde hat in ihrem eigenen Besitz so grosse unverbauten Flächen, dass nicht einzusehen ist, dass man sich jetzt auf diese Sportplätze versteift, deren Freimachung nicht nur die Unannehmlichkeit langwieriger Prozessführungen bringt, sondern auch sehr berechnete Interessen schädigt. Bei einigem guten Willen wäre es möglich gewesen, den Konflikt mit den zwei Sportplätzen zu vermeiden. Alle Sportvereine müssen nun befürchten, ob ihnen nicht in der nächsten Zeit dasselbe Schicksal bevorsteht. Es ist sehr bedauerlich, dass in den Sportbetrieben, der ohnehin schwer zu kämpfen hat, eine solche Beunruhigung getragen wird. Es ist das aber auch für den Stadtrat Breitner sehr bedauerlich, denn es gibt wenig Melkobjekte von der Ergiebigkeit der Fussballplätze. Der Redner bespricht sodann die Schaffung der sogenannten Musterschreibergärtenanlagen im XXI. Bezirk und bemerkt hinzu er habe diese Anlage besichtigt, daran aber nichts musterhaftes gefunden. Es wird dort das alte Donaue-

... all den Hümpel aufgefüllt und darauf Schrebergärtenanlagen errichtet. Dasselbe ist am Bruckhaufen geschehen. Dort hat man sich darüber sehr aufgeregt, Sie scheinen von dem Grundsatz auszugehen, dass sich die Gemeinde das, was sich Private nicht erlauben dürfen, erlauben darf. Der Redner führt sodann Beschwerde darüber, dass ^{man} in der Diefenbachgasse ein absolut nicht bauwürdiges Haus um einen Bauplatz zu gewinnen vom Stadt bauamt unter Missbrauch der Amtsgewalt hat als bauwürdig erklären lassen, nur um einen Kündigungsgrund zu haben. Wenn dieses Haus als bauwürdig erklärt wird, müssten ganze Bezirksteile niedergelegt werden. Im Gegensatz dazu hat man kürzlich in Ottakring einen Demolierungsauftrag für ein Proletarierhaus abgelehnt und erklärt, das Haus müsse instandgesetzt werden obzwar dazu ein Aufwand in der Höhe des 20.000fachen Mietzinses notwendig war (Hört! Hört! bei der E.L.) Da sich die Parteien dagegen gewehrt haben, hat man sich damit beschieden das Notdürftigste zu machen. Da muss der Hausherr und die armen Parteien bluten, aber in einem anderen Haus, wo die Leute noch 50 Jahre wohnen können, findet man plötzlich, dass es bauwürdig sei. In der Diefenbachgasse hat man zuerst erklärt, man werde sich mit den Leuten abfinden, wogegen nichts einzuwenden ist. Dann hat man einen Mieter herausgefunden und ihm eine Abfertigung von 7000 Schilling versprochen. Den anderen aber hat man gesagt, dass sie nur 3500 Schilling bekommen und wenn sie das nicht nehmen, bekommen sie gar nichts und werden delogiert (Hört! Hört! bei der Einheitsliste). Das sind die Manieren von Rosstäuschern. Bei diesen Methoden, die wirklich Abruzzenmethoden sind, graut es einem, Mitglied des Gemeinderates zu sein. Dieser Fall muss anders behandelt werden. Wenn man das nicht tut, kündige ich an, dass ich einem Skandal mache, der bis zum Strafgericht führt.

St. R. Kunschak verweist sodann in einer Polemik gegen den Stadtrat Weber, der seinerzeit eine günstige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt vorausgesagt hat, auf eine im Rathaus hergestellte Statistik aus dem Jahre 1924 aus der sich ergibt, dass in den Jahren 1917 bis 1923 in Wien 22.913 Wohnungen verloren gegangen sind (Hört! Hört! bei der E.L.) Das ist der absolute Verlust an Wohnungen. Dieser Verlust betrifft durchgängig die Kleinwohnungen. Der Verlust an Kleinwohnungen beträgt nämlich nach der Statistik 23.184 was sich daraus erklärt, dass die mittleren Wohnungen keinen Verlust, sondern eine Steigerung aufweisen offenbar deshalb, weil kleinere Wohnungen zusammengelegt worden sind. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, denn das zeigt, dass die Leute besser wohnen. Aber um was die einen besser wohnen, haben die anderen mit einer unerhörten Wohnungsnot zu bezahlen. Wenn man dazu noch bedenkt dass bis zum Jahre 1923 fast gar nichts gebaut wurde, so ergibt sich ein Gesamtverlust von rund 50.000 Wohnungen. Nach dem letzten Bericht sollen angeblich 29.000 Wohnungen fertiggestellt worden sein. Es besteht also noch immer ein gewaltiges Defizit und es also zu befürchten, dass mit den 6000 Wohnungen in diesem Jahre deren Bau gar nicht abzusehen ist, das Wohnungsdefizit keine Beseitigung erfahren wird.

Der Redner kommt sodann auf seine jüngste Rede in Währing zu sprechen und bemerkt, er habe dort von den Vorkommissen auf den Baustellen Heiligenstädterstrasse und Hagenmüllergasse nur das mitgeteilt, was ihm von Fachleuten mitgeteilt wurde, dass nämlich durch diese Vorkommissen namentlich in der Heiligenstädterstrasse sich die Baukosten einer Kleinwohnung nicht auf 118 Millionen, wie das in

Aussicht genommen war, sondern auf 300 Millionen belaufen werde. Mir ist es nicht möglich festzustellen, inwieweit das richtig ist. Niemand hat aber ein grösseres Interesse daran, hier die Wahrheit festzustellen wie die Gemeinde selbst. Meine Ausführungen in Währing sind aber von der Arbeiterzeitung ^{zu} einer Notiz mit der Einleitung "Kunschak lügt wieder" benützt worden. Ich habe es mir schon längst abgewöhnt, die Liebenswürdigkeiten der Arbeiterzeitung ernst zu nehmen. Man weiss, auf welchem Niveau sich die Journalistik dieses Blattes bewegt. Man muss sich daran gewöhnen, daran so vorbei zu gehen, als wenn ein Gassenjunge einen hinterrücks anpfeift. Aber diese Dinge berühren die Öffentlichkeit und da muss es festgestellt werden, was daran richtig ist. Was dort geschehen ist dafür ist der beste Beweis, dass der Gemeinderat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat, in dem hervorragende Fachmänner berufen worden sind, und dass diese Fachmänner bis heute ihren Bericht nicht vorgelegt haben. Die Feststellung dass nichts geschehen ist, hätte sehr bald erfolgen sollen. Weiters sind die Mitglieder dieses Ausschusses zum Schweigen verurteilt (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Einheitsliste). Wenn nichts geschehen ist, wozu die Vertraulichkeit. Stadtrat Breitner muss den Ausschuss veranlassen, seinen Bericht sehr bald vorzulegen, oder wenn das nicht möglich ist, muss er die Mitglieder des Ausschusses des Verschwiegenheitsgelöbnisses entbinden (Lebhafte Beifall bei der Einheitsliste). Denn es geht nicht an, dass man über gewisse Dinge nicht reden darf und dann von dem führenden Organ der Gemeinderatsmehrheit als Lügner angepöbelt wird, wenn man sagt, dass etwas geschehen ist. In Heiligenstadt vollziehen sich Dinge, die kein Geheimnis bleiben können. Durch den Bau geht eine öffentliche Strasse. Ich war selbst dort. Wenn man dort stehen bleibt fallen sie über einen her und sagen, da gibt es kein Stehenbleiben! Fortgehen! (Hört! Hört! bei der Einheitsliste). Es steht dort eine Tafel: Stehenbleiben strengstens verboten (Hört! Hört! bei der Einheitsliste). Ist da wirklich nichts geschehen, wo man nicht einmal stehen bleiben darf? Das ist ja der üppigste Nährboden für alle Legendenbildungen. Nach den Berichten der Leute sollen seit Wochen dort 200 Menschen Tag für Tag bis in die Nacht hinein beschäftigt um die Sicherungsarbeiten zu treffen, damit das Gebäude vor dem Einsturz gerettet wird (Hört! Hört! bei der E.L.) Glaube Sie, dass alle diese 200 Leute schweigen. Das sehen doch alle Menschen. Von allen diesen Dingen habe ich in Währing nicht gesprochen, ich habe nur gesagt, dass eine Verteuerung der Wohnungen zu befürchten ist. Es gehört wirklich eine eiserne Stirn dazu, dann jemanden, der darüber spricht, einen Lügner zu nennen. Ich bitte daher den Stadtrat Breitner und Weber dafür zu sorgen, dass der Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung über die Wohnhausbauten in der Heiligenstädterstrasse und Hagenmüllergasse ehestens vorzulegen und die notwendige Beruhigung zu schaffen (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

St. R. Weber nimmt ausführlich zu der Rede des Gemeinderats Kunschak Stellung. Er erklärt, dass die Bauordnung keine Bestimmung über die Grösse der Küchen enthält. Stadtrat Kunschak wird dies mit der Bestimmung der Bauordnung verwechselt haben, wonach Lichtküchen mindestens 12 Quadratmeter gross sein müssen. Wir haben bisher beim Bau von Küchen alle möglichen Versuche unternommen. Wir haben Wohnungen mit Küchen gebaut, die 18 bis 20 Quadratmeter gross sind, wir haben auch Wohnungen mit Kochtischen und mit eingebauten Küchenmöbeln gebaut. Die Küchen, die wir jetzt bauen, sind 8 bis 9 Quadratmeter gross. Diese Type

ist die begehrteste. Die Grösse der Küchen entspricht unseren Erfahrungen und der Zweckmässigkeit. Stadtrat Kunschak hat behauptet, dass wir in diesem Jahr keine 6000 Wohnungen bauen werden. Das ist nicht richtig, unser Wohnbauprogramm, das für heuer den Bau von 6000 Wohnungen vorsieht, wird durchgeführt werden. Wir haben grosse Wohnbauprojekte auf dem Friesenplatz, in der Franklinstrasse und auf dem Gaudenzdorfergürtel. Wenn diese Projekte verwirklicht werden würden, hätten wir weit über 10.000 Wohnungen. Jetzt werden wieder die Schrebergärten als Baugründe verwendet. Trotz vieler Schwierigkeiten machen wir viele Baugründe frei, wobei wir den Schrebergärtnern Ersatzflächen zur Verfügung stellen. Wirtschaftlich aber ist es unmöglich, auf freien Plätzen zu bauen. Der Bau von Wohnungen in einem unerschlossenen Gebiet würde ungeheure Geldsummen erfordern und das muss aus Gründen der Sparsamkeit vermieden werden. Stadtrat Kunschak hat gemeint, wir renomieren mit den Musterkleingärten in Floridsdorf. Ich stelle fest, dass dieser Kleingarten links von der Floridsdorferbrücke keine Gemeindeanlage, sondern die Anlage eines Vereines ist. Die Gemeinde hat dem Verein lediglich einen Kredit gegeben. Der Musterkleingarten der Gemeinde befindet sich oberhalb der Nordwestbahn in der Ueberfuhrstrasse, die Anlage wird jenen gefallen und den anderen nicht. Das ist Geschmackssache. Die Fachleute im Kleingartenwesen, die voriges Jahr in Wien waren, haben sich über die Wiener Kleingärten sehr lobend ausgesprochen und sie geradezu als Musteranlagen bezeichnet.

Was die Demolierung des Hauses in der Diefenbachgasse anlangt, ist festzustellen, dass das Haus unter allen Umständen demoliert werden muss. Die Gemeinde hat das Haus gekauft. Der Vordertrakt wäre ja noch zu erhalten, obwohl der Kanal eingestürzt ist, die Klosette in einem unbeschreiblichen Zustande sind und die Ratten in diesem Haus sozusagen eine Heimstätte gefunden haben. Die Reparatur der Kälte rentiert sich unter keinen Umständen. Das Haus wird daher demoliert und die Gemeinde baut ein neues. Dabei wird niemand schikaniert und es ist nicht richtig, dass dabei von einem Missbrauch der Amtsgewalt gesprochen werden kann. Die Angelegenheit ist eine Erwägungssache.

Die Statistik, die Stadtrat Kunschak benützt hat, ist mir unbekannt. Stadtrat Kunschak hat gesagt, dass 22.913 Wohnungen verloren gegangen sind. Ich habe nun hier eine Statistik, aus der zu ersehen ist, dass von 1919 bis 31. Oktober 1927 der Gesamtverlust von abgetragenen Wohnungen 10.810 beträgt. Davon waren von 1909 bis 1913 allein 9.138. Der jährliche Zuwachs an Wohnungen betrug bei einer aufsteigenden Bevölkerungszahl durchschnittlich 8.737. Jetzt haben wir einen Zuwachs von 6000 Wohnungen bei einer absteigenden Bevölkerung. Der Abfall von Wohnungen von 1914 bis 31. Oktober 1927 betrug insgesamt 1.672. Wo das Wohnungswesen zusammenlegungen verhindern konnte, hat es ^{das} getan.

Stadtrat Kunschak hat gemeint, dass sich die Baukosten einer Wohnung in Heiligenstadt auf 300 Millionen Kronen stellen würden. Das ist eine unbegründete Annahme, die völlig ausgeschlossen ist. Stadtrat Breitner hat schon wiederholt darauf verwiesen, dass uns aus den Senkungen keine Kosten angelastet werden können, weil nach dem Vertrag die Firma Porr für jeden Schaden aufzukommen hat. Stadtrat Breitner hat auch mit allem Nachdruck betont, dass die Firma sich bereiterklärt hat, die Kosten

zu decken.

Stadtrat Kunschak hat bemängelt, dass über das Ergebnis der Untersuchung noch kein Bericht erstattet wurde, und hat gemeint, dass es gar nicht zweckmässig sei, die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses für vertraulich zu erklären. Wir sind nur der Auffassung, bevor die Fachleute nicht ein abschliessendes Urteil gesprochen haben, ist es nicht möglich, die Verhandlungen des Ausschusses als öffentlich zu erklären.

GR. Reismann: Biber verhindert, dass die Sachverständigen reden!

Unruhe bei den Parteien der Einheitsliste. G. R. Biber (E.L.) Mit dem Bericht ist skandalös geschoben worden!

Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Weg mit der Vertraulichkeit des Ausschusses! Reismann hat soeben die Vertraulichkeit gebrochen!

Stadtrat Weber: Bevor also die Fachleute nicht ihren Bericht erstattet haben, ist es unmöglich, dem Gemeinderat zu berichten. Sobald aber ein abgeschlossener Bericht vorliegen wird, wird dem Gemeinderat sofort berichtet werden.

GR. Biber (E.L.): Zwei Stunden wurde schon über den Bericht gesprochen. Er ist stenographisch festgelegt.

ST. R. Weber: Auf einstimmigen Beschluss des Ausschusses wurden die Experten ersucht, einen Zwischenbericht zu erstatten.

GR. Biber: Der Sachverhalt ist ganz anders!

ST. R. Weber: Wir werden mit allem Nachdruck dafür sorgen, dass der Gemeinde aus diesem Bauglück kein Schaden erwächst. Wir werden auch dafür sorgen, dass der Bericht sobald wie möglich fertiggestellt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Kunschak erklärt nun, dass in der Praxis das Stadtbauamt Küchen unter 15 Quadratmeter nicht erlaubt hat. Weiters stellt er fest, dass er ausdrücklich erklärt habe, dass nach Ansicht der Fachleute der Bau einer Wohnung 300 Millionen Kronen kosten wird. Ich habe gesagt, dass ist die Ansicht der Fachleute, und ich habe deswegen gebeten, dies möglichst rasch aufzuklären. Mit seinem Zwischenruf hat Gemeinderat Reismann sein Verschwiegenheitsgelöbnis gebrochen. Ich überlasse es nun der Mehrheit, daraus die Konsequenzen zu ziehen. (Beifall bei der Einheitsliste).

Der Antrag wird angenommen und Gemeinderat Hofbauer schliesst um 19 Uhr die Sitzung.

.....

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hat am 1. Februar um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Am Freitag findet um 16 Uhr eine kurze Sitzung des Wiener Landtages statt, in der auch die Kommission für die Beratung der Verfassungsänderungen gewählt werden wird. Anschliessend wird der Gemeinderat eine Geschäftssitzung abhalten, in der das Investitionsprogramm der städtischen Unternehmungen beraten werden wird.

Das Projekt einer Wiener Unterstrassenbahn. Am Dienstag um 17⁴⁵ Uhr findet im Festsaal der Bezirksvertretung Innere Stadt, I., Wipplingerstrasse 8, eine Versammlung der Gemeindefunktionäre des I. Bezirkes statt, bei der Ingenieur Professor Karl Hohenegg einen Vortrag über das Projekt einer Unterstrassenbahn durch die Innere Stadt halten wird.

Präsident Salkind 75 Jahre alt. Vor einigen Wochen hat der Präsident des Verbandes der auswärtigen Presse Leo Salkind das Fest seines 75. Geburtstages begangen. Als Zeichen der Wertschätzung der schriftstellerischen Lebensarbeit Leo Salkinds hat die Gemeinde Wien dem Jubilar einen Gedenkring gewidmet. Bürgermeister Seitz wird nun am Dienstag, den 21. Februar 1928, im Neuen Rathaus dem Jubilar den Gedenkring überreichen.

Oesterreichischer Städtetag. Der Städtebund hält am Samstag, den 25. und Sonntag, den 26. Februar im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates seine Hauptversammlung ab. Die Tagung wird am Samstag um halb 11 Uhr vormittag vom Obmann Bürgermeister Seitz eröffnet werden. Sie wird insbesondere die schwierige Finanzlage der Städte erörtern. Das diesbezügliche Referat erstattet der Finanzreferent der Stadt Graz, Bürgermeister-Stellvertreter Rückl. Der Städtetag wird sich ferner mit der Energiewirtschaft der Gemeinden beschäftigen. Ueber diese Frage referiert Ingenieur Dozent Naeher, Ministerialrat des Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsamtes. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen wird die Tagung des österreichischen Städtebundes einen sehr starken Besuch aufweisen.

Der Bau der Riesensängerhalle im Prater. Wie bekannt, wird für das grosse Sängerbundesfest im Prater auf der Jesuitenwiese eine Riesensängerhalle erbaut, die 50.000 Menschen fassen wird. Die Gemeinde Wien hat nun den Vorsteher der Genossenschaft der Zimmermeister, Kommerzialrat Johann Tröster, und den Zimmermeister Gabriel Eller mit der Aufgabe betraut, beim Bau der Sängerrhalle die Zimmermannsarbeiten zu beaufsichtigen. Kommerzialrat Tröster und Zimmermeister Eller wurden nun heute im Rathaus in Gegenwart des amtsführenden Stadtrates Linder von Bürgermeister Seitz in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsorgane der Baubehörde angelobt.

Jubilare der Ehe. Am Donnerstag überreichte amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaare Anton und Henriette Kleibel in Vertretung des Bürgermeisters anlässlich seiner goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung ^{werden} in den nächsten Tagen auf der Landstrasse die Baugasse, auf der Wieden die Weyringergasse und Kolschitzkygasse, in Mariahilf die Machettigasse, Grabnergasse und Turmburggasse, in Hernals die Steinergerasse und Haslingerstrasse und schliesslich in Döbling die Priessnitzgasse und Steigenteschgasse elektrisch beleuchtet.